

Pressekontakt:
Bündnis "Gegen Rassismus und Ausgrenzung"
Jens Kuhn
hamburggegenrassismus@gmail.com
Tel. 0152 26985189
www.hamburg-gegen-rassismus.tk

GEGEN RASSISMUS UND AUSGRENZUNG

Pressemitteilung

20 Jahre nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts in Deutschland - Bündnis "Gegen Rassismus und Ausgrenzung" bringt Gedenktafel in Erinnerung an die Toten des deutschen Asylsystems an die Hamburger Innenbehörde an

Hamburg, 16.05.2013. In Gedenken an die 414 Menschen¹, die allein in den Jahren zwischen 1993 und 2012 durch staatliche Maßnahmen der BRD ums Leben kamen, wurde am **16.05.2013** eine mit dem Namen "Bündnis Gegen Rassismus und Ausgrenzung" versehene Tafel an die Hamburger Innenbehörde angebracht. Die Aktion steht im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in der BRD, zu dem die Kampagne "Fight Racism Now!"² am 25.05.2013 zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin aufruft.

Das Bündnis organisierte zuletzt am 06.04.2013 - in Solidarität mit den aktuellen Protesten von Geflüchteten in Deutschland - eine Demonstration unter dem Motto "Gegen Rassismus und Ausgrenzung" und begleitet weiterhin kritisch die bundesdeutsche Flüchtlings- und Migrationspolitik. Mit der Aktion soll neben dem Gedenken an die Toten des deutschen Asylsystems auch die Mitverantwortung deutscher Behörden und Parteien an der Ermordung von tausenden Menschen in der BRD und vor den Mauern der sogenannten "Festung Europa" aufgezeigt werden. Dazu Jens Kuhn, Mitorganisator im Bündnis:

"Vor 20 Jahren führte eine rassistische Medien- und Gewaltkampagne zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Neonazis, unbescholtene Bürger und die etablierten Parteien zogen damals an einem Strang. Deutschland, als ein für viele Fluchtursachen mitverantwortliches Land, höhnte das als Konsequenz des Nationalsozialismus im Grundgesetz festgeschriebene Asylrecht aus und wurde zum Vorbild einer europäischen Anti-Asylpolitik, der bisher schon mindestens 16.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Diejenigen, die nicht schon während der Flucht gestorben sind, werden viel zu oft entweder vom grausamen Alltag im deutschen Asylsystem - mit seinen isolierten Sammellagern, der Residenzpflicht oder der ständig drohenden Abschiebung - in den Suizid getrieben, oder sie kommen während oder als Folge ihrer Abschiebung zu Tode. 414 Menschen kamen allein zwischen 1993 und 2013 durch staatliche Maßnahmen ums Leben.

*Wir wehren uns entschieden gegen diese unmenschliche Realität und schließen uns den Forderungen der Flüchtlingsproteste in Deutschland an: **Alle Abschiebungen sofort stoppen! Residenzpflicht abschaffen! Alle Lager sofort schließen!**"*

Für Rückfragen steht ihnen der oben genannte Ansprechpartner gerne zur Verfügung. Im Anhang finden sie Bilder, welche die Aktion dokumentieren, sowie das verteilte Flugblatt.

Anhang

Bilder
Flugblatt

1 Zahlen aus der 20. aktualisierten Auflage der Dokumentation "Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen" der Antirassistischen Initiative Berlin (www.ari-berlin.org)

2 www.fightracismnow.net

20 Jahre
Abschaffung des Asylrechts -
Wir gedenken 44 Menschen,
die durch deutsche
Asylpolitik getötet wurden
Stadt und Landtag von Hamburg







20 Jahre
Abschaffung des Asylrechts -
wir gedenken 414 Menschen,
die durch deutsche
Asylpolitik getötet wurden

Bündnis gegen Rassismus und Ausgrenzung

20 Jahre Abschaffung des Asylrechts - Wir gedenken 414 Menschen, die durch staatliche Maßnahmen der BRD getötet wurden

Die Bundesrepublik beschloss 1992, begleitet von rassistischen Pogromen (u.a. in Rostock-Lichtenhagen und in Hoyerswerda) und medialer Hetze, im so genannten Asylkompromiss die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl.

Am 26. Mai 1993 beschloss der Bundestag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (CDU/CSU, FDP, SPD) die Streichung des Artikel 16 Abs. 2, Satz 2 GG („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“) und führte den neuen Artikel 16a GG ein. Der nimmt den Asylrechtsanspruch für politische Verfolgte auf, höhlt ihn jedoch mit einer Reihe von Einschränkungen aus.

Durch die Grundgesetz-Änderung können sich nur noch die Menschen auf das Recht auf Asyl berufen, die nicht über einen „sicheren Drittstaat“ eingereist sind, Deutschland ist komplett von sog. sicheren Drittstaaten umgeben. Die Drittstaatenregelung wurde mit dem Dublin-II-Abkommen europäisiert. Falls Flüchtende es schaffen, lebend in die Festung Europa zu kommen, ist das EU-Land, in dem sie zuerst ankommen, für das Asylverfahren zuständig.

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 414 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe und die Unterbringung in Lagern (u.a. Anschläge, Brände) starben 88 Menschen

Dokumentation "*Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen*" (1993 bis 2012) www.ari-berlin.org/doku/titel.htm

- 170 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 64 Menschen in Abschiebehaft.
- 1071 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 610 Menschen in Abschiebehaft.
- 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und
- 417 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt.
- 32 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und
- 562 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert oder kamen aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Lebensgefahr.
- 71 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos.
- 182 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, 2 Personen trieben in der Neise ab und sind seither vermisst.
- 533 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen
- 12 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen.
- 15 Flüchtlinge starben durch unterlassene Hilfeleistung.
- 455 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 138 Flüchtlinge in Haft.
- 70 Flüchtlinge starben bei Bränden, Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte oder durch Gefahren in den Lagern,
- 873 Flüchtlinge wurden dabei z.T. erheblich verletzt.
- 18 Flüchtlinge starben durch rassistische Angriffe auf der Straße und
- 825 Flüchtlinge wurden durch Überfälle auf der Straße verletzt.